

Etienne Balibar bekommt am 1. Dezember im Bremer Rathaus den Hannah-Arendt-Preis

Der mit 10.000 Euro dotierte Preis wird an Personen verliehen, die mit einer mutigen Intervention das »Wagnis Öffentlichkeit« annehmen.

Dies trifft auf den französischen Philosophen Etienne Balibar zu. Er hat in seinen Büchern und im öffentlichen Auftreten ein intervenierendes Denken in der Tradition Hannah Arendts gepflegt. Seine Beiträge haben sich weit über den akademischen Diskurs hinaus an die republikanische Öffentlichkeit gerichtet, so das Urteil der Jury. Balibar ist ein nimmermüder

Kämpfer für ein Europa, dessen Staaten und Gesellschaften ihre historische Chance immer wieder zu verspielen scheinen, die ihnen die Geschichte zugespielt hat.

Für die BLZ stellte Balibar einen seiner Texte zum Thema Europa zur Verfügung.

Ein ziemlich langer Marsch

Die Konsequenzen aus dem Brexit, die Gefahren für Europa und die Zukunft der EU

Etienne Balibar

■ Mir liegt es fern, den dramatischen Charakter der Konsequenzen herunterzuspielen, die die Abstimmung des Vereinigten Königreichs von Großbritannien nach sich zieht – und zwar weder derjenigen, die es für die Briten, noch derjenigen, die es für Europa geben wird. Aber ich bin doch sehr überrascht, auf welche Art und Weise die Lage nach dem Brexit uns jetzt in den Titeln der französischen und der ausländischen Presse präsentiert wird. Mit nur ganz wenigen Ausnahmen halten es offenbar alle für endgültig geklärt, dass jetzt gleichsam die Scheidung vollzogen ist. In Wirklichkeit ist es aber doch so, dass wir zwar ganz gewiss in eine turbulente Phase der Entwicklung eintreten, dass es aber noch überhaupt nicht klar ist, was dabei herauskommt.

Ignorierte Volksabstimmung

Wie nur allzu gut bekannt ist, führt ein Vergleich keineswegs immer zu richtigen Ergebnissen. Und dennoch: Wie könnten wir es denn überhaupt vermeiden, uns daran zu erinnern, dass in der jüngeren europäischen Geschichte die Ergebnisse von nationalen Volksabstimmungen noch nie praktisch umgesetzt worden sind?

Das war so, als es 2005 und 2008 um die Europäische Verfassung und um den Vertrag von Lissabon gegangen ist; und offensichtlich war es noch viel stärker so, als 2015 über das Griechenland auferlegte Spardiktat der Troika abgestimmt wurde.

Im Falle des Brexit ist es doch sehr wahrscheinlich, dass die Sache auch dieses Mal in gleicher Weise abläuft. Die herrschende Klasse Großbritanniens hat schon damit begonnen, politisch so zu navigieren, dass der Brexit maximal hinausgezögert wird und das Land auf diese Weise in den Verhandlungen die bestmöglichen Austrittsbedingungen herausverhandeln kann. Einige Regierungen beileben sich zwar, immer wieder großsprecherische Erklärungen nach Art der Ritterfehden zu verbreiten: »Out is out!«; »Leave means leave«. Aber Deutschland hört auf diesem Ohr schon nicht mehr – und es gibt hier keinerlei Einmütigkeit hinter der mühsam aufrechterhaltenen Fassade der Einigkeit.

Neue Geometrie

Am allerwahrscheinlichsten ist es nun, dass man sich – nach dem Ende einer Phase der Spannungen, deren Endergebnis nicht so sehr von den öffentlichen Meinungen der Mitgliedstaaten bestimmt sein wird, sondern das vielmehr von der Entwicklung auf den Finanzmärkten abhängt – darauf verständigt, die Herstellung einer neuen Geometrie des ohnehin bestehenden Systems der europäischen Staaten anzustreben. Ein System, in dem dann neben der formellen Zugehörigkeit zur Europäischen Union immer auch noch die zu anderen Strukturen eine wichtige Rolle spielt: die Zugehörigkeit zur Eurozone, zur NATO, zu dem System

der Grenzsicherung, das die Nachfolge von Schengen antreten wird, und eben auch zu einer Freihandelszone, wie sie auf der Grundlage der bestehenden ökonomischen Kräfteverhältnisse zu definieren sein wird. Auch in dieser Hinsicht kann sich der Vergleich zwischen einem Grexit und dem Brexit als durchaus lehrreich erweisen: Die Schwäche Griechenlands – das zudem noch von allen Ländern, die seine Forderungen hätten unterstützen müssen, im Stich gelassen worden ist – hätte dann zu einem Regime des Ausschlusses innerhalb der EU geführt; die relative Stärke des Vereinigten Königreichs (das sich auf durchaus kraftvolle Unterstützer innerhalb der EU verlassen kann) wird dagegen zu einem Regime der äußeren Einbeziehung führen.

Europa besser erklären

Sollte das etwa heißen, dass sich gar keine Wende in dem Verhältnis von Großbritannien zur EU vollzogen hat? Ganz offensichtlich nicht!

Es wird ein sehr langer Marsch nötig sein, um in den Augen einer Mehrheit der Bürger die wechselseitigen engen Abhängigkeiten zwischen einer untereinander geteilten Souveränität, einer alternativen Globalisierung, einer gemeinsamen Entwicklung von Regionen und Nationen und einer wirklichen Verständigung zwischen unterschiedlichen Kulturen grenzübergreifend miteinander zu verknüpfen. Wir sind heute noch lange nicht an diesem Punkt – und die Zeit verrinnt schnell. Aber das ist nur ein weiterer Grund dafür, dass wir uns keine Pause dabei gönnen dürfen, den Menschen dieses Europa immer besser zu erklären.



Balibar, geb. 1942, lehrte bis 2002 politische Philosophie und Moralphilosophie an der Universität von Paris-Nanterre. Inzwischen Professor emeritus, lehrt er seit den 1990er Jahren auch an mehreren US-Universitäten. Zuletzt sind von Balibar auch auf Deutsch erschienen: »Sind wir Bürger Europas?: Politische Integration, soziale Ausgrenzung und die Zukunft des Nationalen«, Hamburger Edition. 2016 erschien »Europa: Krise und Ende?« im Verlag Westfälisches Dampfboot.